



## Entgeltgleichheit für Frauen und Männer verwirklichen

Entgeltgleichheit für Frauen und Männer verwirklichen  
Lohngefälle nicht akzeptabel  
Der am 21. März stattfindende Equal-Pay-Day weist auf die großen Entgeltunterschiede zwischen Frauen und Männern hin. Hierzu erklären die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Rita Pawelski, und der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Peter Weiß: "Der Equal Pay Day wird dieses Jahr zum sechsten Mal begangen. Es ist unverständlich und nicht zu akzeptieren, dass sich in Sachen Lohnungleichheit nichts geändert hat: Der durchschnittliche Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern liegt seit Jahren bei 22 Prozent. Das Statistische Bundesamt führt alle vier Jahre Verdienststrukturerhebungen durch, zuletzt im Jahr 2010. Mit steigendem Alter der Beschäftigten nahm das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern zu. Für 24-Jährige und Jüngere betrug er nur 2 Prozent. Bei den 35- bis 44-Jährigen lag er bereits bei 24 Prozent. Mit 28 Prozent war er in der Altersgruppe zwischen 55 und 64 am größten. Der Entgeltunterschied steigt mit dem Bildungsniveau. Bei höheren Abschlüssen wie einem Hochschulstudium lag der Verdienst von Frauen um 27 Prozent unter dem von Männern. Bei Führungskräften wurde ein Unterschied von 30 Prozent ermittelt. Das ist absolut nicht vertretbar. Weder Gewerkschaften noch die Tarifpartner zeigen ein ernsthaftes Interesse, dieses signifikante Problem aus der Welt zu schaffen. Doch sie haben es in der Hand, da sie die Tarifabschlüsse verhandeln! Sie bestimmen das Gehalt ebenso wie Betriebsräte und Unternehmen vor Ort. Sie stehen mit in der Verantwortung, dafür Sorge zu tragen, dass der Lohnunterschied, der auf der unteren Ebene bei den Verkäuferinnen beginnt und mit dem Aufstieg auf der Karriereleiter immer weiter auseinander geht. Mit einem Antrag wollen die Regierungsfractionen erreichen, dass die Lohnungleichheit abgeschafft wird und der Equal Pay Day höchstens als ein Erinnerungstag an ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen dient."  
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
fraktion@cducsu.de  
<http://www.cducsu.de>  
[http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n\\_pinr\\_=526868](http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=526868) width="1" height="1">

### Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

### Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.